

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

SHR - Summer School 2014 auf Schloß Noer – 13.07.2014

Positionen für eine bessere Generationenpolitik finden

Spätestens seit der Diskussion um das Rentenpaket der neuen Bundesregierung ist klar geworden, dass Generationenpolitik mehr denn je ein wichtiges politisches Handlungsfeld ist, in dem noch viele Fragen für die kommenden Jahrzehnte nicht abschließend geklärt sind. Die bevorstehenden gesellschaftlichen Veränderungen werden insbesondere Deutschland und damit auch Schleswig-Holstein vor große Herausforderungen stellen. Das Älterwerden der Baby-Boomer-Generation und die gestiegene Lebenserwartung wird Einfluss auf viele Politikfelder nehmen. Daneben bestehen viele „Altlasten“ wie die starke Verschuldung der Haushalte und der immer deutlicher werdende Investitionsstau, die in den kommenden Jahren bewältigt werden müssen. Die Veränderung der Gesellschaft im Rahmen der Globalisierung und der technische Fortschritt tut ihr übriges.

Die Junge Union Schleswig-Holstein möchte sich an der Lösung der kommenden Herausforderungen beteiligen und auf dem Schleswig-Holstein-Tag 2014 in einem Leitantrag Positionen zu diesen gesellschaftlichen Aufgaben entwickeln. Dieses Papier, das im Rahmen von verschiedenen Workshops zu den Themen „Nachhaltige Haushaltspolitik“, „Demographischer Wandel“, „Soziale Sicherungssysteme“ und „Umwelt und Technik“ im Rahmen der Summer School 2014 der Jungen Union Schleswig-Holstein auf Schloß Noer ausgearbeitet wurde, soll als Grundlage zur Erarbeitung des Leitantrages dienen.

Nachhaltige Haushaltspolitik - Landeshaushalt generationsfest machen

Schleswig-Holstein steht vor großen Herausforderungen für die nächsten Generationen. So wurde in den letzten 50 Jahren ein Schuldenberg von heute mehr als 27 Mrd. Euro angehäuft. Der Landeshaushalt ist aufgrund der bundesweit überdurchschnittlichen Verschuldung einem erheblichen Zinsrisiko ausgesetzt. Durch diesen Schuldenberg wurde der Haushalt 2013, trotz historisch niedrigen Zinssätzen von ca. 3,5%, mit mehr als 970 Mio. Euro Zinsen belastet. Schon bei einem durchschnittlichen Zinssatz von ca. 5% würde die Zinsbelastung mehr als 1,35 Mrd. Euro betragen. Weiter ist das Land erheblich durch Personal- und Versorgungskosten belastet, für die in der Vergangenheit keine Rücklagen gebildet worden sind. So steigt dieser Haushaltsposten zwischen 2010 und 2020 um mehr als 2 Mrd. Euro. Zudem liegt ein enormer Investitionstau in der Infrastruktur, wie Straßen, Gebäuden, Forschungseinrichtungen und Breitband vor.

Durch die 2010 eingeführte Schuldenbremse darf Schleswig-Holstein ab 2020 keine neuen Schulden machen. Trotz Rekordeinnahmen von 10,2 Mrd. Euro wird das Land in 2015 10,3 Mrd. Euro ausgeben und damit 100 Mio. Euro neue Schulden aufnehmen. Das strukturelle Defizit, das 2020 Null Euro betragen muss, liegt immer noch bei 350 Mio. Euro. Die Haushaltsplanung ist von zentraler Bedeutung für die Generationengerechtigkeit unseres Landes. Dabei kommt es nicht nur auf eine kurzfristige Betrachtung, sondern auf eine langfristige und eine nachhaltige Planung an. Insbesondere der demographische Wandel muss hierbei berücksichtigt werden. Denn in Zukunft muss sich das Land die Frage stellen, ob es noch alle infrastrukturellen Maßnahmen leisten kann und will.

44 Der Arbeitsauftrag für die Vorbereitung des Antrags zur Generationengerechtigkeit auf dem SHT soll
45 folgende Lösungen ausarbeiten:

46

- 47 • Die Einführung eines Tilgungsplans über 50 Jahre
- 48 • Die durch die Tilgung geschaffene Zinseinsparung in den Aufbau einer Versorgungsrücklage zu
49 investieren
- 50 • Die Zusammenführung der Altschulden aller Bundesländer und einen gemeinsamen Tilgungsplan
51 (Schuldentilgungsfonds)
- 52 • Dass das Land sich nur noch seinen Kern- und Schwerpunktaufgaben widmet
- 53 • Keine weiteren Abgabenlast, da die Belastungsquote bereits mehr als 51% beträgt und dadurch
54 die „Schmerzgrenze“ in der Bevölkerung bereits erreicht ist.

55

56 **Demografischer Wandel – Herausforderung als Chance**

57

58 Der demografische Wandel gilt als die gesellschaftliche Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die
59 Politik hat sich zu fragen, was die richtigen Antworten auf diese Entwicklung sind und ob und in wie weit
60 das Reagieren auf den demografischen Wandel dem Marktgeschehen überlassen werden sollte und wo
61 durch gezielte Schritte bewusst auf die Bevölkerungsveränderung eingegangen wird. Hierbei ist
62 festzuhalten, dass sich verändernde Bevölkerungsstrukturen nicht als grundsätzliches Übel angesehen
63 werden sollten, sondern vielmehr auch die sich ergebenden Chancen erkannt werden müssen.

64

65 Arbeitsmarkt

66 Mit abnehmender Bevölkerungszahl sinkt auch die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Bis
67 2050 stehen somit im ungünstigsten Fall bis zu 30 % weniger Arbeitskräfte zur Verfügung. Diese
68 Entwicklung wird zwangsläufig den sich schon jetzt abzeichnenden Fachkräftemangel verstärken.
69 Diesem Fakt kann zum einen durch Förderung der bisher nicht arbeitenden Erwerbsbevölkerung als
70 auch durch qualifizierten Zuzug entgegengewirkt werden. Gefordert ist somit eine Arbeitsmarktpolitik,
71 die mehr gestaltet als verwaltet.

72 Vorrangige Maßnahme zur Erhöhung der Erwerbsquote insgesamt ist die Steigerung der Erwerbsquote
73 der älteren Bevölkerung. Hierbei erweist sich die nun beschlossene Rente mit 63 nicht nur als
74 kontraproduktiv und ungerecht, sie passt vielmehr auch nicht in eine, die aktuellen Herausforderungen
75 erkennende Arbeitsmarktpolitik. Ganz im Gegenteil muss der Arbeitsmarkt von zu starren Regelungen
76 befreit werden, welcher einer optimalen Ressourcennutzung entgegenstehen. Hierzu gehört weiterhin
77 ein möglichst weiter Spielraum bei Lohn- und Arbeitszeitfragen, um auch Geringqualifizierte in den
78 Arbeitsmarkt integrieren zu können. Nur, wenn sich der Arbeitsmarkt als flexibel erweist, wird es
79 gelingen, sowohl Menschen im höheren Alter als auch Menschen, welche nur schwer Zugang zu Arbeit
80 finden, einen Arbeitsplatz anbieten zu können und somit die Erwerbsquote zu steigern.

81 Überdies darf auch die Frage Kind oder Karriere keine „Entweder-Oder“-Frage mehr sein. Es gilt, die
82 Vereinbarung von Familie und Beruf zu verbessern, um die Frauenerwerbstätigkeit weiter zu erhöhen.
83 Hier kann zum einen der Ausbau des Betreuungsangebotes, auch durch Angebote der Wirtschaft, wie
84 z.B. Betriebskindergärten, aber auch flexiblere Arbeitszeiten den richtigen Weg darstellen.

85 Als begleitendes Element kommt der Förderung qualifizierten Zuzugs eine gewisse Bedeutung zu. Dieser
86 kann zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels beitragen; es ist jedoch zu
87 berücksichtigen, dass vermehrt auch andere Länder um qualifizierten Zuzug bemüht sein werden.
88 Deutschland muss sich hierbei trotzdem als attraktiver Standort präsentieren; bürokratische Hürden für
89 arbeitssuchende Fachkräfte müssen abgebaut werden und innovative Modelle zur Eingliederung von
90 Migranten in den Arbeitsmarkt sind zu erproben, damit Migration nicht bloße Einwanderung in die
91 deutschen Sozialsysteme bedeutet.

92 Daher wird der Antragskommission empfohlen, folgende Schwerpunkte zu berücksichtigen:

- 93 • Erhöhung der Lebensarbeitszeit als vorrangige arbeitsmarktpolitische Agenda
- 94 • Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit
- 95 • verbesserte Bewertung und Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie mehr Transparenz
- 96 und Einheitlichkeit der Bewertungs- bzw. Anerkennungsverfahren
- 97 außerdem:
- 98 • Leitlinien für einen flexibleren Arbeitsmarkt festzulegen, insbesondere auch für die
- 99 Eingliederung ausländischer Fachkräfte
- 100 • Politische Leitlinien aufzustellen, welche mehr das Agieren als das Reagieren in den Mittelpunkt
- 101 zu stellen, um den demografischen Wandel auch als Chance begreifen zu können

102

103 Raumentwicklung

104 Der demografische Wandel wird nicht nur Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben. Festzustellen wird
105 auch ein beträchtlicher Bevölkerungsrückgang in der Fläche bei Bevölkerungswachstum in den
106 Ballungszentren sein. Es ist unabdingbar, die zukünftige Politik auf die „Wachstumsregionen“ zu
107 fokussieren, unabhängig davon, ob es sich hierbei um städtische oder ländliche Gebiete handelt. Hierbei
108 darf aber eine bedarfsgerechte Anbindung an das Hinterland nicht außer Acht gelassen werden. In
109 Zukunft wird auch eine Bündelung der Einrichtungen öffentlicher Daseinsvorsorge unumgänglich sein.
110 Hierzu gehört dann auch die Erkenntnis, dass eine Siedlungsstruktur in der Fläche nicht überall
111 aufrechterhalten werden kann.

112 Dies kann jedoch nur gelingen, wenn auch den infrastrukturellen Anforderungen genüge getan ist. Die
113 Mobilität zukünftiger Generationen wird – und dies gilt insbesondere für Senioren – weiter zunehmen.
114 Hier ist unter der Prämisse zu verfahren, regionale Wachstumszentren zu verflechten und
115 bedarfsorientiert für eine Vernetzung mit dem Hinterland zu sorgen.

116

117 Daher wird der Antragskommission empfohlen, folgende Schwerpunkte zu berücksichtigen:

- 118 • Das derzeitige Prinzip der Vergabe öffentlicher Fördermittel zu überdenken
- 119 • Verbesserte Kooperation der Gebietskörperschaften bei Bereitstellung öffentlicher Daseinsvorsorge
- 120 • Sicherstellung bedarfsgerechter Anbindung des Hinterlandes
- 121 • Überprüfung, ob seniorengeeigneter Wohnungsbau staatlicher Lenkung und Förderung bedarf

122

123 **Soziale Sicherungssysteme zukunftsfähig machen**

124

125 Auch für die Sozialversicherungssysteme ist der demographische Wandel eine große Herausforderung.
126 Eine älter werdende Gesellschaft führt dazu, dass immer weniger Beitragszahler in der
127 Rentenversicherung immer mehr Rentnern gegenüber stehen. Auch eine verlängerte Lebenszeit führt zu
128 Veränderungen in der Pflege- und Gesundheitsvorsorge. Problematisch ist, dass diese Probleme
129 unangenehme Entscheidungen und viel Mut zum Handeln erfordern. Die Kurzfristigkeit der
130 Wahlperioden ist dabei nicht hilfreich.

131

132 Die anstehenden Herausforderungen erfordern ein Neudenken der Solidarität in den
133 Sozialversicherungssystemen in unserer Gesellschaft. Alle müssen dazu einen Beitrag leisten. Daher
134 sollten die gesetzlichen Versicherungssysteme gestärkt werden. Das bedeutet auch, dass heute nicht
135 gesetzlich versicherte Berufsgruppen wie Freiberufler und Beamte auch in die gesetzlichen
136 Sozialversicherungen integriert werden sollten. Die gilt auch für alle Einkommensarten, die unabhängig
137 vom Faktor Arbeit sind. Weiter muss die Belastung mittlerer Einkommen reduziert werden und die
138 Lastenverteilung in den Systemen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber wieder gleich sein. Die

139 Versicherungspflicht ist ein hohes Gut, die die Absicherung in verschiedenen Lebenslagen aller Bürger
140 sicherstellt. Daher muss dafür Sorge getragen werden, dass die Versicherungspflicht für alle gilt und eine
141 Grundsicherung gewährleistet ist. Zukünftig sollten auch verstärkt Eltern in den
142 Sozialversicherungssystemen bevorteilt werden. Dies soll anders als beim Rentenpakete insbesondere
143 auf der Einnahmenseite erfolgen, z.B. durch Zusatzbeiträge von Kinderlosen. Zukünftig muss noch
144 verstärkter die Durchlässigkeit der Sozialversicherungssysteme in Europa weiter ausgebaut werden.

145
146 Die Rentenversicherung soll auf dem drei Säulen Modell mit einer Mischung aus Umlagesystem und
147 kapitalgedeckten Systemen fußen. Dabei sollten zukünftig insbesondere die Betriebsrenten weiter
148 gestärkt werden. Ebenso darf derjenige, der privat vorsorgt nicht dafür bestraft werden und sollte in
149 sozialen Notlagen mehr als die Grundversorgung erhalten. Insgesamt braucht die Rentenversicherung
150 mehr Flexibilität. Dies gilt für den Rentenbeginn (Flexi-Rente) aber auch für die Möglichkeit über die
151 Beitragsbemessungsgrenze hinaus Beiträge zu leisten. Weiter sind Lebensarbeitszeitkonten zu
152 begrüßen. Ein immer stärker werdendes Problem ist die Altersarmut, der in den nächsten Jahren
153 begegnet werden muss.

154
155 Zusätzlich muss die Attraktivität der Gesundheitsberufe gesteigert werden. Gerade bei Ärzten muss
156 nach der Ausbildung an einer deutschen Universität über ein Anreizsystem für ein Bleiben in
157 Deutschland von deutschen Medizinstudenten nachgedacht werden. Darüber hinaus gilt es die
158 Planwirtschaft im Krankenkassensystem zu reduzieren. Dazu brauchen wir mehr Wettbewerb in dem
159 System. Die Pflegeversicherung steht vor großen Herausforderungen die eine Verbesserung des
160 Leistungskataloges unumgänglich machen. Auch muss hier dringend die Attraktivität der Berufe in der
161 Pflege gesteigert werden. Insgesamt ist eine große Pflegereform notwendig, die langfristige Lösungen
162 für diese Sozialversicherung schafft.

163
164 Die Arbeitslosenversicherung muss das Lohnabstandsgebot zwischen Bürgern, die in die
165 Sozialversicherungen eingezahlt haben, gegenüber Leistungsempfängern sicherstellen. Dies wird
166 insbesondere bei einer steigenden Altersarmut zu einem immer wichtiger werdenden Gebot.

167
168 Die Junge Union Schleswig-Holstein soll daher folgende Herausforderungen auf dem kommenden SHT
169 im Rahmen eines Leitantrages behandeln:

- 170 • Stärkung der gesetzlichen Versicherungssysteme
- 171 • Berücksichtigung von Kindern in den Sozialversicherungssystemen auf der Einnahmeseite
- 172 • Stärkung des drei Säulen Modells in der Rentenversicherung
- 173 • Flexibilisierung der Rentenversicherung
- 174 • Anreizsystem für ein Bleiben in Deutschland von Medizinstudenten und ausgebildeten Ärzten
- 175 • Eine große Pflegereform
- 176 • Abstandgebot in der Arbeitslosenversicherung

177
178
179
180

181 **Generationengerechtigkeit in Umwelt und Technik**

182
183 Generationengerechtigkeit ist auch im Bereich der Umwelt und der Technik ein stets zu beachtender
184 Grundsatz und sollte Aspekt einer jeden Entscheidung in diesem Bereich sein. Folglich strebt die
185 Bundesrepublik Deutschland eine generationengerechte Politik in diesem Bereich durch die Umsetzung

186 der „Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ an. Die Umsetzung dieser stellt dabei eine
187 gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar. Unabdingbar ist hierfür eine ausreichende
188 Kommunikation und Auseinandersetzung mit allen Beteiligten. Insbesondere die Verknüpfung aller
189 betroffenen Politikfelder und Ministerien sollte angestrebt werden. Die effizientere Nutzung von
190 Ressourcen sollte dabei stets im Mittelpunkt stehen. Ressourcenkreisläufe sollten dabei gefördert und
191 möglichst kurz geschlossen werden. Ohne Kontinuität im Bereich der Nachhaltigkeitspolitik sind diese
192 Probleme dennoch nicht zu erreichen.

193

194 Ein Teilbereich der Nachhaltigkeit ist die Abfallwirtschaft. Auch hier gehört Deutschland zu den
195 Vorreitern in Europa. Dennoch stellt die Umsetzung der europäischen Abfallrahmenrichtlinie (ARR)
196 europaweit ein Problem dar. Dabei sollte die Beseitigung ungleicher Entsorgungsstrukturen in Zukunft
197 an Bedeutung in Diskussionen gewinnen. Auch der Transfer von Wissen und Technik im europäischen
198 Ausland könnte zur Verbesserung der europäischen Abfallwirtschaft beitragen. Ziel der Abfallwirtschaft
199 sollte es langfristig sein, die Biomüll- und wiederverwertbare Stoffmasse zu erhöhen. Elektromüll,
200 Möbel, Spielzeug u.Ä. sollten zur Wiederverwendung verstärkt aufbereitet werden. All diese Aspekte
201 sind dabei ohne Partizipationsbereitschaft der Kunden nicht umsetzbar. Die Kommunikation mit den
202 Betroffenen sollte die Grundlage für jede Diskussion darstellen. Der ökologische Erfolg muss bei allen
203 Maßnahmen in einem angemessenen Verhältnis zum ökonomischen Aufwand stehen.

204

205 Für den Antrag

206 Ole Plambeck

207 Denis Kaspars

208 Tobias Loose

209 Birte Glißmann

210